

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

14. Februar 1968 - 13/11
Einzelpreis DM 0.75

VIETNAM-DEMONSTRATION: BISCHOF SCHARF BEI NEUBAUER

Wie jetzt aus zuverlässiger Quelle bekannt wird, intervenierten am vergangenen Freitag der evangelische Landesbischof von Westberlin, Kurt Scharf, der FU-Professor Taubes der Komponist Hans Werner Henze und der Gollwitzer-Assistent Pfarrer Marquardt bei Polizeisenator Neubauer gegen dessen Verbot einer Vietnam-Demonstration am kommenden Wochenende. Wie verlautet soll Bischof Scharf Neubauer und den Senat in bewegten Worten auf die Verschärfung der Situation in der Stadt aufmerksam gemacht haben, die durch das Verbot entstehen könne. Neubauer hat auf die Intervention negativ reagiert. Wie von informierter Seite weiter zu erfahren ist, bemühen sich zahlreiche kirchliche und kulturelle Kreise jedoch weiter um eine Entspannung der Situation.

VIETNAM-DEMONSTRATION: SENAT VOR SEINER GRÖSSTEN BLAMAGE

Was gemäßigte Westberliner Kreise dem Senat in Aussicht stellten, scheint Wirklichkeit zu werden: Der Schütz-Neubauer-Senat steht am Wochenende vor seiner größten Blamage, wenn er das Verbot der Vietnam-Demonstration aufrechterhalten will. Dem Senat wurde inzwischen die Möglichkeit gegeben, einen "geordneten Rückzug" anzutreten. Nachdem die Polizeileitung auf Neubauer-Weisung dem SDS eine Genehmigung für die Sonntags-Demonstration versagte, stellte die Kampagne für Demokratie und Abrüstung einen neuen Antrag; auch er wurde abgelehnt (siehe unten). Für Sonnabend haben Angehörige der SPD ebenfalls eine Vietnam-Demonstration angemeldet, die um 13 Uhr am Rathaus Charlottenburg beginnen und am Stuttgarter Platz enden soll.

Die laufenden Vorbereitungen des Vietnam-Komitees machen deutlich, daß weder SDS noch Kampagne für Demokratie und Abrüstung eine Konfrontation herbeiführen wollen. Man bemüht sich, den Senat über verschiedene Kanäle wissen zu lassen, daß er die Folgen seiner Handlungen genau bedenken soll. Ob sich der Senat aber darüber im klaren ist, was beispielsweise ein Knüppelinsatz gegen Jean Paul Sartre (dessen Kommen wahrscheinlich ist), gegen Sartres Lebensgefährtin Simone de Beauvoir, gegen den Schriftsteller Peter Weiß und andere Prominente anlässlich einer "nicht erlaubten Demonstration" für Westberlin bedeutet, scheint zweifelhaft.

Zur Teilnahme an Kongreß und Demonstration, die mit einer Kundgebung enden soll, haben sich inzwischen rund 3000 Menschen aus der Bundesrepublik und aus zehn Ländern des westlichen Auslandes angemeldet. Es wird damit gerechnet, daß etwa die doppelte Zahl einreist.

Beim Vorbereitungskomitee stapeln sich Protesttelegramme gegen das Verbot der Demonstration. Immer wieder wird darauf hingewiesen, daß Westberlin die bisher einzige Stadt in der westlichen Welt ist, in der eine Demonstration gegen den US-Krieg in Vietnam verboten würde. Telegramme liegen u. a. vor von: Schriftsteller Erich Fried (Lon-

don), dem italienischen Schriftsteller Alberto Moravia, den italienischen Filmschöpfern Luchino Visconti und Pier Paolo Pasolini sowie dem Rowohlt-Verlagleiter Raddatz; einen Aufruf, indem dem SDS für die Einberufung der Konferenz gedankt wird, unterzeichneten u. a.: Ingeborg Bachmann, der "blow up"-Regisseur Michelangelo Antonioni, Jean Paul Sartre, die Schauspielerin Monica Vitti, Prof. Bloch, H. M. Enzensberger, Wolfgang Hildesheimer, Prof. Marcuse, Stefan Reisner, Hans Werner Richter, Mary Tucholsky, Dr. Klaus Wagenbach, Martin Walser und Gerhard Zwerenz.

Der Senat bereitet unterdessen unverdrossen eine Aktion vor, die nach gewollter Konfrontation aussieht. 20 000 Polizisten werden bereitstehen. Aus Polizeikreisen verlautet, daß diese Eskalationspolitik Neubauers mit Skepsis betrachtet wird.

Professoren sowie kulturelle und kirchliche Persönlichkeiten haben, letzten Informationen zufolge, sich jetzt auch an die US-Mission in Westberlin gewandt und sie darauf hingewiesen, daß die geplante Demonstration ein freiheitlicher Willensakt sei, der nicht unterbunden werden könne. Es liege an der staatlichen Seite, eine Konfrontation zu verhindern. Wie zu erfahren ist, wurde die US-Mission gebeten, in diesem Sinne auf den Senat einzuwirken.

KAMPAGNE STELLT FEST: POLIZEIEINSATZ IST RECHTSWIDRIG

Der Polizeipräsident von Westberlin hat auf Neubauers Anweisung auch die von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung beantragte Vietnam-Demonstration untersagt. Gegen dieses Verbot wird das Verwaltungsgericht angerufen werden. Die Kampagne stellt in einer Erklärung fest, daß das Berliner Versammlungsgesetz verfassungswidrig ist - es verstößt gegen Artikel 8 des Grundgesetzes und Artikel 18 der Berliner Verfassung. Demonstrationen unter freiem Himmel müssen nur angemeldet werden und sind nicht genehmigungspflichtig. Das generelle Verbot mit Genehmigungsvorbehalt ist nach Artikel 19, Absatz 2 des Grundgesetzes nichtig. Artikel 23, Absatz 3 der Berliner Verfassung aber erklärt: "Werden die in der Verfassung festgelegten Grundrechte offensichtlich verletzt, ist jedermann zum Widerstand berechtigt." Versuche der Westberliner Polizei, die Demonstration mit Gewalt zu verhindern, wären rechtswidrig. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung weist darauf hin, daß lediglich die Alliierten kraft Besatzungsgewalt generell oder im Einzelfall eingreifen können. Dies ist aber nicht geschehen.

Die Kampagne stellt daher fest, daß die Demonstration am Sonntag stattfinden wird. Die Kampagne hat zu einer Demonstration aufgerufen, die am Rathaus Friedenau beginnt und an der Freien Universität in Dahlem enden soll.

BETRIEBSRÄTE UND GEWERKSCHAFTER: SOLIDARITÄT MIT DEM PROTEST

Zahlreiche Betriebsräte und Gewerkschafter aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet haben sich in einer Solidaritätsadresse mit der demokratischen Studenten- und Schülerbewegung solidarisiert. In der Adresse heißt es u. a.: "Die Hochschulen in unserem Lande sind ein Feudalsystem. Die Schulen in unserem Lande sind autoritär organisiert. Die Wirtschaftspolitik der Regierung fördert die 'Vermögensbildung' in Unternehmerhand - auf Kosten der Majorität der Bevölkerung. Der Abbau sozialer Leistungen trifft auch die Schüler, die Lehrlinge und die Jungarbeiter. Gegen diese Politik, so etwa die Heraufsetzung der öffentlichen Verkehrstarife, richtet sich der Protest junger Leute. Diese demokratische Bewegung unter den Studenten und Schülern vertritt eine Sache, die auch unsere Sache ist. In den Betrieben, in Lohn- und Arbeitskämpfen stoßen wir als Arbeiter auf denselben Gegner, nämlich auf den Macht- und Profitsanspruch einer kleinen Schicht und auf den Geltungsanspruch autoritärer Besitz- und Befehlsverhältnisse in der Wirtschaft. Wir sind dafür, aus der Solidarität der Interessen eine Solidarität in der politischen und sozialen Bewegung von Studenten, Schülern und Arbeitern zu machen. Wir sagen ganz offen: Es wäre schlecht für unsere gemeinsame Sache, wenn der berechtigte Protest von Studenten und Schülern sich von der allgemeinen demokratischen Opposition isoliert hielte und in der Öffentlichkeit als bloße Generationsrevolte oder als jugendliche Lust an der Provokation mißverstanden würde." Abschließend wird dazu aufgerufen, sich am Anti-Notstands Sternmarsch nach Bonn und am Ostermarsch gegen den Vietnamkrieg den Rüstungsstaat und für sozialen Fortschritt zu beteiligen. Unterschrieben ist die Adresse u. a. von den

Betriebsratsvorsitzenden der Großbetriebe Mannesmann Duisburg, Westfalenhütte Dortmund, Waggonfabrik Uerdingen, Meidericher Eisenwerke Duisburg, Bayer Leverkusen und zahlreichen anderen Betriebsratsvorsitzenden und Betriebsräten. Es unterzeichneten weiter die IG-Metall-Vorsitzenden von Essen, Rheinhausen und Münster, die Geschäftsführer der IG Holz in Münster und Essen, die Sekretäre der IG Chemie in Hagen, Düsseldorf und Köln, Gewerkschaftssekretäre aus Köln und Hamm.

NPD-"BEREITERKLÄRUNG": OSTLAND WIEDERBESIEDELN

Der Landesvorstand der Westberliner Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) hat eine "Bereiterklärung" in einer Auflage von rund 1000 Exemplaren verbreiten lassen, in der es heißt: "Hiermit erkläre ich (Name), geboren am (Datum) in (Ort), wohnhaft in (Ort und Straße), daß ich bereit bin, mich an einer deutschen Wiederbesiedlung Ostdeutschlands und des Sudetenlandes in Frieden und Freiheit und unter deutscher Oberhoheit zu beteiligen, um somit einen Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens in Europa zu leisten." - In der NPD laufen derzeit die Vorbereitungen für den 3. Bundesparteitag, der Auftakt zum Bundestagswahlkampf 1969 sein soll, auf Hochtouren. Der Wahlkampf soll u. a. mit folgenden Parolen bestritten werden: "Oder-Neiße niemals Grenze! Nur ein rechter Frieden ist beständig! Sudetenland - deutsches Land".

CDU-SCHMITZ: KEIN PARTEISCHÄDIGENDES VERHALTEN

Am 24. Januar fand in Westberlin ein Parteigerichtsverfahren gegen den geschäftsführenden Landesvorsitzenden der CDU, Karl-Heinz Schmitz, statt. Gegenstand des Verfahrens war ein am 24. August 1967 in der "Berliner Morgenpost" veröffentlichter "Offener Brief" anlässlich der Neuköllner Prügelaktion von Westberlinern gegen Demonstranten, denen er "aufrichtige Bewunderung" ausgesprochen hatte. Das Parteigericht folgte dem Antrag auf Feststellung eines parteischädigenden Verhaltens nicht, da eine derartige Äußerung als "politische Maßnahme" eines "Berliner Abgeordneten nicht der Parteigerichtsbarkeit unterliegt."

FERNSEHPROGRAMM: DDR STÖRT NICHT

Eine Meldung der "Süddeutschen Zeitung" vom 18. Januar, wonach die DDR das ARD-Fernsehprogramm stört, läßt sich nicht aufrechterhalten. Richtig ist, daß der DDR-Sender Cottbus, der auf dem gleichen Kanal sendet, gemäß dem Kopenhagener Vertrag verstärkt wurde, so daß sich Überlagerungen ergeben. Richtig ist ferner, daß der ARD-Sender Ochsenkopf eine höhere Antenne erhielt, die noch nicht richtig eingepilt ist, so daß derzeit im Raum Leipzig-Halle schlechter Westempfang ist.

EUROPA-CENTER: VIETNAM-GEMÄLDE ABGELEHNT

Ein Mietgesuch der Westberliner Galerie S für eine Vitrine des Europa-Center wurde am Montag von der Hausverwaltung abgelehnt, weil Galerie-Chef Ben Wargin in ihr zwei Vietnam-Gemälde des Malers Carl Timmer ausstellen wollte: Wargin beabsichtigte, die Vitrine, in der bisher Objekte der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ausgestellt wurden, während der Internationalen Vietnam-Konferenz am Wochenende zu mieten. Pepper-Assistent Schröder lehnte mit der Begründung ab, die Ausstellung der Bilder gefährde nicht nur die Vitrine, sondern auch die umliegenden Schaufensterscheiben. Schröder: "Bei der gegenwärtigen Lage können wir das nicht machen - bei aller Liebe und Zuneigung."

"REPORT" BADEN-BADEN: VON ZAHN SOLL RAUS

Einem sich hartnäckig haltenden Ondit aus dem Südwestfunk zufolge soll Peter von Zahn amtierender Chef der Magazin-Sendung "Report" in Baden-Baden, im Juni dieses Jahres abgelöst werden. Zu diesem Zeitpunkt läuft sein Einjahresvertrag als Moderator und "Report"-Chef ab. Er soll nicht verlängert werden. Grund: Der "Ottaviani des Fernsehens", wie er in SWF-Kreisen genannt wird, der die Mattscheibe von Linkstendenzen säubern will, hat nicht nur das angestammte "Report"-Publikum verärgert, wie sich aus den ständig sinkenden Zuschauerzahlen der einstigen Spitzensendung ergibt, sondern auch die Fernsehoberen verstimmt. "CDU-Propagandist von Zahn" - so der "Stern" - machte

sich auch bei konservativen Zuschauern mißliebig, als er bei Berichten über Studentenunruhen stets lächelnd von einem erschossenen "Herrn Ohnesorge" (gemeint war Benno Ohnesorg) sprach und im legeren Conference-Stil das (einst) politische Magazin zu einer freundlichen Unterhaltungssendung mit Beiträgen über Gunther Sachs und Brigitte Bardot machte. Unter anderem soll Peter von Zahn auch einen Beitrag über die Beteiligung Minister Lückes an Bodenspekulationsfirmen abgewürgt haben (EXTRA-Dienst Nr. 62/67). Wer Nachfolger des Polit-Plauderers werden soll, ist noch nicht bekannt.

BLUTSPENDEN: FÜR DAS KÄMPFENDE VIETNAM

In Westberliner Krankenhäusern kann Blut gespendet werden - wofür es verwendet wird, steht nicht im Ermessen des Spenders. Wer Blut für das kämpfende Vietnam spenden will, muß nach Ostberlin fahren. Um zahlreichen Anfragen nachzukommen: Blut für Vietnam kann gespendet werden in Ostberlin, Atzpodienstraße 9 - 11 beim Bezirksinstitut für Blutspende- und Transfusionswesen, täglich von 7 bis 11 Uhr (außer Sonnabend). Das Bezirksinstitut ist mit der U-Bahn (Magdalenenstraße), mit der S-Bahn (Lichtenberg) und mit der Straßenbahn 69 sowie dem Bus 30 zu erreichen.

DROHUNG DER WOCHE

Aus einem anonymen Brief an den Vorsitzenden des Republikanischen Clubs Westberlin Dr. Klaus Meschkat: "Übrigens achten Sie mal darauf - eines Abends, kann aber auch tags sein, könnte neben der Tür zu Ihrem Idioten-Club einer stehen und Ihnen den Hosensboden stramm ziehen! Eines Tages... Bindet den Stahlhelm fester, Genossen, jetzt gehts Euch an den Kragen!"

GERÜCHT DER WOCHE

Schweden soll 51. Staat der USA werden, nicht die Kolonie Puerto Rico. Der Grund: Immer mehr amerikanische Deserteure erhalten in diesem skandinavischen Staat Asyl und lassen sich nieder.

VERSPRECHEN DER WOCHE

SPD-Sprecher Dr. Haus im Westberliner Abgeordnetenhaus über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund: "... der SDS die Grundrechte zu verwirklichen im Begriffe ist." Spätere Berichtigung: Der SDS "verwirke" die Grundrechte.

HINWEISE DER REDAKTION

BEI MIKE S. CULLEN (Mikro-Galerie, Berlin 12, Giesebrechtstraße 12) wird am 16. Februar, 19 Uhr, eine neue Ausstellung des Westberliners Jürgen Claus ("Kunstpreis Junger Westen") eröffnet.

STRAUSS ODER DUTSCHKE - wo liegt Deutschlands Zukunft; dieses Thema hat sich der stellvertretende Parteivorsitzende der "Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD), August Haußleiter, für eine Westberliner "Großversammlung" ausgesucht. Sie findet am 19. Februar, 20 Uhr, in der Hasenheide statt.

HINWEISE DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DIE LESUNG Heino von Damnitz' aus den "Tendenzen", vorgesehen für Mittwoch, 14. Februar, muß für diesen Termin ausfallen.

MITTWOCH, 14. Februar, 11 Uhr, findet im RC eine Pressekonferenz statt, auf der über den neuesten Stand der Vorbereitungen zur Internationalen Vietnamkonferenz am Wochenende berichtet wird.

FREITAG, 16. Februar, 20 Uhr, verteidigt Dr. Ekkehart Krippendorff seinen Artikel in der Hamburger "Zeit" im "Freitags-Streitgespräch".

MEHR ANMELDUNGEN ALS ERWARTET kamen zur Vietnamkonferenz am Wochenende aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland, so daß es Unterbringungsschwierigkeiten mit den Gästen gibt. Der Republikanische Club bittet um Bekanntgabe von Übernachtungsmöglichkeiten (Telefon 883 40 75).

OTTO BRENNER: REAKTION EINES POLIZEIGEHIRNS

Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, hat am Wochenende in Dortmund zur Bundestagsdebatte über das Anwachsen der Außerparlamentarischen Opposition Stellung genommen. Er sagte dabei u. a. :

"Die gesellschaftspolitische Situation, mit der sich unsere Partei und die Gewerkschaften auseinandersetzen haben, hat sich im Laufe der letzten Jahre wesentlich verändert. Die Zahl der Unzufriedenen hat zugenommen, und auch die Form, in der sich Unzufriedenheit und Protest ausdrückt, hat sich geändert. Jugendliche und Schüler demonstrieren gegen den Krieg in Vietnam, gegen die Militärdiktatur in Griechenland, gegen Notstandsgesetzgebung und Straßenbahntarife. Oft ist es nur ein geringfügiger Anlaß, der den Protest herausfordert. Aber offensichtlich vollzieht sich dies alles auf dem Hintergrund eines tiefersitzenden Unbehagens. Ganz offen wenden sich die Studenten bereits von den demokratischen Parteien ab, die sie als staatserhaltend abtun. Auch die Gewerkschaften werden in diesem Zusammenhang kritisiert.

Diese Situation ist nicht nur eine Folge des üblichen Generationswechsels. Es handelt sich zweifellos um eine politische Entwicklung. Eine breite, sogenannte außerparlamentarische Opposition macht sich bemerkbar, der die bestehenden Organisationen und Institutionen von vornherein verdächtig sind.

Es gibt wohl noch keine schlüssige und zusammenhängende Erklärung für all diese Erscheinungen. Doch liegt ihnen allen eine tiefe Skepsis gegenüber den etablierten gesellschaftlichen Einrichtungen - dem sogenannten Establishment, wie es in der angloamerikanischen Soziologie genannt wird - zugrunde.

Wir wären sehr schlecht beraten, würden wir - ob wir nun in der Partei oder in den Gewerkschaften tätig sind - dies alles mit einer Handbewegung, mit dem Hinweis auf jugendlichen Übermut oder mit dem Ruf nach der Polizei abtun.

Wir alle verurteilen sicher die Auswüchse bei den Demonstrationen der letzten Tage. Niemand von uns billigt die Anwendung von Gewalt, und niemand von uns wird behaupten wollen, daß das Demonstrationsrecht auch solche Erscheinungen deckt.

Aber wir dürfen nicht an der Oberfläche bleiben, und schon gar nicht dürfen wir die Dinge auf den Kopf stellen. Ich muß es schon als einen Gipfel der Verdrehungskunst bezeichnen, wenn sich ausgerechnet Bundesinnenminister Lücke hinstellt und der IG Metall vorwirft, ihre Art der Diskussion über die Notstandsgesetzgebung habe mit dazu beigetragen, die Strömungen von rechts und links aufzubauen.

Mit anderen Worten, unser Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung, unser ständiger Versuch, eine sachliche Diskussion dieses Komplexes zu erzwingen, soll Schuld sein am Erstarken der NPD oder an den Übergriffen studentischer Demonstrationen. Vielleicht überlegt sich Herr Lücke einmal, ob nicht die richtungslose Politik seiner Partei in den vergangenen Jahren, ob nicht das Beharren auf seiner autoritären, antidemokratischen Notstandsgesetzgebung weit mehr Schaden angerichtet und unsere Demokratie viel stärker in Verruf gebracht hat als die von Studenten durchgeführten Demonstrationen.

Aber es ist das alte Spiel: Man verwechselt ganz bewußt Ursache und Wirkung. Man fragt sich nicht, ob man nicht selber politisch versagt hat, sondern sucht sich einen Buhmann, und den findet man natürlich. Selbst wenn für Herrn Lücke die Gewerkschaften dafür erhalten müssen, denn das ist in Deutschland zwar keine gute, aber eine alte Tradition.

Die Unruhe, welche die Studenten und viele demokratische Kreise weit darüber hinaus ergriffen hat, ist angesichts der Entwicklung in der Bundesrepublik und solcher Äußerungen wie der des Herrn Lücke durchaus berechtigt. Ihr mit blinder Autorität, mit Drohungen und Verdächtigungen zu begegnen, kann nur die Reaktion eines Polizeigehirns sein. Unserer Demokratie wird damit ein schlechter Dienst erwiesen.

Wir müssen uns fragen, ob nicht die Verantwortlichen in unserem Staatswesen ein gut Teil Schuld daran tragen, daß es zu dieser Entwicklung in unserer Demokratie gekommen ist."

SPD-LANDESPARTEITAG: DRUCK AUSÜBEN

Man erinnere sich: Nach dem 2. Juni 1967 entstand unter öffentlichem Druck in der Westberliner SPD selbst der Vorsatz, nun endlich einmal die "tieferen Ursachen" der Jugend- und Studentenrevolte zu analysieren, zu diskutieren und hieraus vernünftige Schlüsse zu ziehen. Dieser Weg zur Besserung war mit mancherlei Hickhack gepflastert. Schließlich versprachen die Matticks einen außerordentlichen Parteitag. Der hat nun nach einem ersten Anlauf bei Schütz' Amtseinführung stattgefunden. Wer sich noch (oder überhaupt) überzeugen mußte, bekam die Lektion dabei dick aufs Butterbrot geschmiert: Diese Parteispitze besteht entweder aus Betrügern oder aber sie ist unfähiger, als die Öffentlichkeit bereits seit langem geneigt ist einzuräumen.

Obwohl in mehr und mehr SPD-Gliederungen der Wille und die Fähigkeit wachsen, die erforderliche Analyse, Diskussion und Selbstkritik zu leisten, bleiben die Mehrheitsentscheidungen des Parteitages davon unberührt. Der rechte Parteiflügel - eine monströse Koalition der Angst - wählte "hart durch". Sprich: Was nicht niet- und nagelfest an den gegenwärtigen Amoklauf der Schütz, Neubauer und Mattick gekettet blieb, wurde ohne lange Debatte niedergestimmt. So geriet kein vernünftiger Satz in die Parteitagsbeschlüsse. Kein einziger "Linker" à la Ristock wurde für die Teilnahme am demnächst inszenierten SPD-Bundesparteitag entsandt. Ja, es wurde sogar, früh am Tage, die Fortsetzung der Diskussion mehrheitlich abgebrochen, als sich herausstellte, daß noch ein paar "Linke" auf der Rednerliste standen. Den Gipfel der autoritären Wutanfälle leistete sich die rechte Regie, als sie während des Schlußworts von Schütz - wegen einzelner Zwischenrufe von SHB-Genossen - Polizisten in den Saal stürmen ließ.

So fein geht es heute in der Partei Bebels zu. Für Ristock entsteht nach einjährigem Mithalten im SPD-Landesvorstand die Frage, ob sich die Verrenkung für die SPD-Linke wirklich ausgezahlt hat oder ob sie nicht dieselbe Rolle zu spielen gezwungen war wie die Gesamtpartei gegenüber der CDU in der Bonner Koalition: die Rolle des linken Feigenblatts zur Beschönigung einer Katastrophenpolitik des rechten Flügels. Wie es scheint fühlt sich die Rechte momentan sogar animiert, auf diesen linken Hilfsdienst erst wieder einmal zu verzichten. Der Rücktritt linker Mitglieder des Landesvorstandes wird deshalb nicht nur zu einem Gebot der Selbstachtung und des Respekts im eigenen Lager.

Denn: Neubauers Stimmvieh gackert nicht nur in panischer Gemütslage, weil sich der "starke" Ersatzmann aus Bonn als glatter Versager erweist, weil er durchdreht und erfolglos aus den USA heimkehren mußte, weil die Erfolge des Vietkong den subreligiösen Glauben an amerikanische Allmacht rissig machen - sondern auch, weil die Ristock-Linke, zwar zaghaft noch unter dem Zwang logischer Gedanken und intelligenter Diskussion, aber auch unter dem Druck der außerparlamentarischen Opposition, zu einer neuen Westberlin-Programmatik durchdringt, die Schütz, Neubauer, Mattick & Co KG auf dem Parteitag zu der Feststellung kommen ließ, damit sei die Partei erstmalig seit 1946 hinsichtlich des weiteren Weges der Stadt gespalten.

Sie ängstigen sich zu Recht um die Einheit ihrer Reihen in Trottelei. Sie fürchten nicht unbegründet, daß alles, was denken kann in dieser Partei, irgendwann nach links aufbricht. Es gibt eben nicht allein so prächtige Genossen wie den Charlottenburger Parteitagsdelegierten Jürgen Gerull, der dem Noske imitierenden Neubauer ankündigte, er und die meisten linken Delegierten würden sich ungeachtet aller Polizeiverbote an der Demonstration gegen den amerikanischen Vietnamkrieg beteiligen. Es gibt neuerdings auch so sympathische "Neulinke", wie den Abgeordneten Vortisch, die dank eigener Urteilskraft und Erfahrung in Opposition zu den rechten Illusionseinpeitschern geraten. Es gibt da den jungen Fraktionsgeschäftsführer Stobbe, der sich vom Neubauer-Protektionskind zu einem Skeptiker mauserte, der dem Schütz bereits fraktionsöffentlich wie Götz von Berlichingen gegenübertrat. Und auch ein Wolfgang Büsch soll inzwischen nachdenklicher geworden sein, und ein Carl-Heinz Evers trägt auch nicht leicht an seiner Parteiräson und so weiter und so fort...

So vermittelte der Parteitag abermals zwei Erfahrungen: 1. In diese Partei wird nur in jenem Maße Bewegung nach vorn kommen, wie man sie von außen unter Druck setzt.

2. Unter dieser Voraussetzung kann sich aus der außerparlamentarischen und der innerparteilichen Opposition bald die für Westberlin entscheidende politische Kraft entwickeln.

MACHTERGREIFUNG / VON DIETRICH KITTNER

Der Hannoveraner Kabarettist Dietrich Kittner (Die Leidartikler) stellte uns aus seinem Programm "Bornierte Gesellschaft", das zur Zeit noch im Theater im Europa-Center läuft, den folgenden Beitrag zur Verfügung:

Das nachfolgende Manuskript wurde im Jahre 33 n.S. (nach Springer; entspricht dem Jahre 2007 n. Chr.) in den Ruinen eines alten Hauses gefunden und sofort vom SSD (Springer-Sicherheitsdienst) vernichtet.

"Heute, im Jahre 3 n.S., schreibe ich als letzter freier Journalist im Keller meines Hauses, späteren Geschlechtern zu Nutz und Frommen, diesen kurzen Abriß der Geschichte des 5. Reiches.

1968: Unser Aller Caesar, damals noch der einfache Zeitungsverleger Axel Cäsar Springer, besitzt 87,5 % der überregionalen Zeitungen, 39 % der Tageszeitungen, 90 % der Sonntagszeitungen, 84 % der Teenager-Blätter und 100 % der Eltern. Man kann getrost sagen, daß der Druck der öffentlichen Meinung schon jetzt auf den Maschinen des Hauses Springer stattfindet - manchmal allerdings noch im Lohndruck. Eine verschwindend kleine radikale Minderheit versucht noch immer, mit blindwütigem Meinungsterror, unser aller Cäsar aufzuhalten. Vergeblich - in Bonn hat man längst erkannt, daß man es mit unser aller Cäsar nicht mehr verderben darf.

1969: Ankauf des Wuppertaler General-Anzeigers, der Stuttgarter Zeitung, der Süddeutschen Zeitung, der Waldkraiburger Tagespost und 40 anderer Tageszeitungen. Eingliederung der Zeitschriften "Die Zeit" und "Stern", Übernahme des 4. und 5. Fernsehprogramms. "Die Welt" wird enger gesetzt, um das Lesen zwischen den Zeilen zu erschweren.

1971: Aufkauf des sogenannten "Spiegel" und gleich darauf der Herrenzeitschrift "konkret". Raus Kleiner Röhl wird Chefredakteur des springer-eigenen Betriebes SEB Kampener Badenachrichten. Besetzung der Wüste Sahara durch einen Stoßtrupp aus Bild-Redakteuren, um den Streusand-Nachschub sicherzustellen. Ein gewisser Dutschke empfiehlt Verhütungsmittel in Form von Augenklappen; Gräfin Dönhoff propagiert als Kompromißlösung Scheuklappen.

1973: Eingliederung aller jetzt noch existierenden Periodica mit Ausnahme der FAZ, die sich dem Trend der Zukunft schon seit längerem freiwillig angeschlossen hat. Die Übernahme der National- und Soldatenzeitung stellt sich nicht mehr als Problem; sie wurde bereits 1968 von der WamS rechts überholt und ist eingegangen. Die öffentliche Meinung ist endgültig erstarkt. Kapfinger wird Chefredakteur des III. Programms. Es gibt kein Pardon mehr.

1974: Kommissarische Übernahme des ZDF, nachdem durch Agentenfotos festgestellt werden konnte, daß eine Ansagerin während des Wetterberichtes den linken Schuh ausgezogen hatte. Die ARD ergibt sich daraufhin freiwillig.

1975 geht als das Jahr 1 n.S. in die Geschichte ein. Axel Cäsar Springer wird als unser aller Cäsar - kurz UAC - Kanzler auf Lebenszeit. 50 Millionen Bild-Leser (Synonym für Deutsche) jubeln ihm vor dem neuen Regierungsgebäude in der Berliner Kochstraße zu. Wahlen werden überflüssig, der Volkswille den täglichen Auflageziffern entnommen. Die Abstimmung findet am Kiosk statt.

2 n.S.: Grundgesetz wird die Maxime "Seid nett zueinander". Studenten, Gewerkschaftler, Intellektuelle und andere notorische Nörgler haben dieses Grundrecht selbstverständlich verwirkt.

3 n.S.: Säuberungsaktion gegen sogenannte freie Journalisten. Das Untergrundblatt Frankfurter Rundschau wird durch den SSD ausgehoben. Besitz von Papier, Bleistift, Federkiel oder Schreibmaschine Hochverrat. Todesmutig, ohne Lizenz, schreibe ich hier im Keller meines Hauses. Es klopft. Ave Cäsar, morituri te salutant."

EXTRA - Dienst Nummer 13/II hat eine verbreitete Auflage von 2 950 Exemplaren.

SPD CHARLOTTENBURG: VERSUCH ZU EINER RÜCKBESINNUNG

Der Westberliner Kreisverband Charlottenburg der SPD hat, wie bereits mehrfach berichtet, den vom SPD-Bundesvorstand verordneten "Sozialdemokratischen Perspektiven" einen Gegenentwurf gegenübergestellt. Das 62 Seiten umfassende Dokument wurde von 23 namentlich genannten Sozialdemokraten ausgearbeitet: darunter finden sich Pfarrer, Dozenten, Rektoren, Anwälte, Diplompolitologen, Diplom-Kameralisten, Diplomphysiker, Rechtsanwälte, Diplomvolkswirte, Bezirksstadträte, höhere Senatsbeamte und Studenten. Die beiden Vorlagen unterscheiden sich sowohl im Inhalt wie im Stil wesentlich voneinander: Während die Vorstandsvorlage einige Slogans aneinanderreihet und nur da konkret wird, wo offenbar Anecken nicht befürchtet wird (beispielsweise bei sozialpolitischen Fragen), müht sich das Oppositionsdokument um Konkretisierung bei allen angesprochenen Fragen. Als Beispiel mögen die Abschnitte "Massenmedien" beider Vorlagen dienen, die EXTRA-Dienst nachstehend dokumentiert; dieser Abschnitt zeigt mit am deutlichsten, wie unterschiedlich die Vorstellungen der SPD-Rechten und -Linken derzeit sind. EXTRA-Dienst dokumentiert ferner das Vorwort des Charlottenburger Aktionsprogramms, das nun dem Nürnberger Bundesparteitag der SPD zur Entscheidung vorliegen wird.

VORWORT DES CHARLOTTENBURGER ANTRAGS

"Der Bundesvorstand der SPD hat einen Entwurf "Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" vorgelegt und zu Stellungnahmen, Ergänzungen und Änderungsvorschlägen eingeladen.

Der Kreis Charlottenburg der SPD unterstreicht die Notwendigkeit, der Öffentlichkeit ein möglichst klares Bild davon zu geben, wie sich die SPD die Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in den vor uns liegenden Jahren vorstellt und welche Politik sie im einzelnen zu vertreten gedenkt.

Der Kreis Charlottenburg begrüßt insoweit den vom Bundesvorstand vorgelegten Entwurf als Diskussionsgrundlage.

Der Kreis Charlottenburg trägt jedoch im folgenden eine Reihe von Einwänden und Bedenken vor. Diese richten sich nicht so sehr gegen einzelne Feststellungen im Entwurf des Bundesvorstandes als vielmehr gegen in den "Perspektiven" deutlich werdende Grundeinstellungen und Tendenzen:

In den "Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" wird

1. der Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft einseitig betont. Zweifellos müssen die Gesellschaft und deren Einrichtungen leistungsfähig sein. Leistungsfähigkeit darf jedoch nicht Selbstzweck, nicht vorherrschende Richtschnur politischen Handelns werden. Der Preis hierfür würde die fortschreitende Einengung des Freiheitsspielraumes des einzelnen wie aller sein. Deshalb muß neben die Forderung, die Demokratisierung der Gesellschaft treten.

2. der Gesichtspunkt der Stärkung der Regierung übermäßig hervorgehoben. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit der Reorganisation des Regierungsapparates darf der Befürchtung, die Leistungsgesellschaft der Zukunft begünstige das Entstehen einer modernisierten obrigkeitlichen Verwaltung, nicht Vorschub geleistet werden.

Der Gedanke an eine starke Regierung und an straffe, politische Führung ist in Deutschland nationaler Glaubensartikel. Er darf nicht dadurch neue Nahrung finden, daß unter ständigen Hinweisen auf die Erfordernisse der modernen Industriegesellschaft ein Sachzwang zu vermehrter Herrschaft nahegelegt wird, ohne daß gleichzeitig Möglichkeiten aufgezeigt werden, die den Bürger zu intensiverer Teilnahme am politischen Geschehen veranlassen können, denn es wird

3. der Gesichtspunkt der notwendigen Demokratisierung der Gesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt.

Die politische Demokratie hängt von der Lebenskraft parlamentarischer Opposition und innerparteilicher Demokratie ab. Die Hinweise in den "Perspektiven" begründen die Sor-

ge, daß der Erstarrung der politischen Institutionen zu bürokratisch verwalteten und gelenkten Apparaten nur unzureichend entgegengewirkt wird. Eine Parlamentsreform fördert nicht die Demokratie, solange sie nicht mit Reformen verbunden wird, die die Teilnahme der Öffentlichkeit am politischen Willensbildungsprozeß und die innerparteiliche Demokratie verstärken. Zu diesen gehört, daß sich die Willensbildung statt von oben und außen wieder zunehmend von unten vollzieht und daß die Parteiführung ein klar formuliertes und an konkrete Ziele gebundenes Programm vorlegt.

In den "Perspektiven" wird jedoch

4. der Gesichtspunkt der erforderlichen Klarheit politischer Aussagen vernachlässigt. Als Folge bewußter Abkehr von politischer Programmatik kennzeichnet den Entwurf des Bundesvorstandes inhaltlich das Fehlen einer Besinnung auf die Grundlagen sozialdemokratischer Politik ebenso wie das Überwiegen leerer Formeln.

Wesentliche und dringliche Themen sind nicht oder nicht ausreichend angesprochen (Situation des Kindes, der Jugend und der Familie, Stellung der Frau in der Gesellschaft, Rechtsordnung und Justizreform, Notstandsgesetzgebung, Deutschland- und Berlin-Politik, Verteidigung, Gesundheitspolitik, Kunst). Einzelne Wendungen im Entwurf des Bundesvorstandes lassen befürchten, daß in zunehmendem Maße politische Aussagen nach dem Vorbild des Marketing in die Öffentlichkeit getragen werden.

5. Wird der Gesichtspunkt von den Erfordernissen innerparteilicher Meinungs- und Willensbildung nicht beachtet.

Die Zeit zwischen der Veröffentlichung des Entwurfs und dessen Vorlage auf dem Bundesparteitag in Nürnberg ist zu kurz, so daß eine gründliche Diskussion auf allen Ebenen der Partei unmöglich gemacht wurde.

Der Kreis Charlottenburg der SPD lehnt deshalb aus den obengenannten Gründen den Entwurf des Bundesvorstandes ab und legt dem Bundesparteitag in Nürnberg einen eigenen Entwurf 'Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren' vor."

ABSCHNITT "MASSEN MEDIEN" AUS DEM VORSTANDSENTWURF

"Der Konzentrationsvorgang im Pressebereich wirft Fragen der Kontrolle wirtschaftlicher Macht auf, die im besonderen Maße zugleich politische Macht ist. Neben einer wirtschaftlichen Stützung an sich leistungsfähiger Presseunternehmen ist eine öffentliche Kontrolle der Konzentration, soweit sie zum Monopol tendiert, und ein verstärkter Schutz der inneren Pressefreiheit zu fordern.

An der öffentlich-rechtlichen Organisation des gesamten Rundfunk- und Fernsehwesens - auch als Gegengewicht zum Konzentrationsvorgang im Pressebereich - festzuhalten. Presse, Funk und Fernsehen haben als Massenmedien bei der Entwicklung der zukünftigen Gesellschaft als Informationsvermittler eine große Bedeutung. Der freien Zusammenarbeit zwischen diesen Massenmedien, der Regierung, den Parteien und allen Organisationen der Gesellschaft ist daher besondere Aufmerksamkeit zu widmen."

ABSCHNITT "MASSEN MEDIEN" AUS DEM CHARLOTTENBURGER ENTWURF

"Die fortschreitende Konzentration in der Presse führt zu einer die Pressefreiheit gefährdenden Beschränkung der Vielfalt von Informationen, zu einer Nivellierung der Meinungen in Kommentar und Kritik und damit zu einer ungünstigen Beeinflussung der politischen und kulturellen Entwicklung. Die von Großverlagen mit der Tendenz zum Monopol zusammengefaßte oder abhängig gewordene Presse kann durch einheitliche Berichterstattung und gelenkte oder unterlassene Kritik zu einem entscheidenden politischen Machtfaktor werden, der keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegt.

Gegenüber der wirtschaftlichen Entfaltung von Presseunternehmen ist die freie Meinungsbildung das höhere Gut. Pressekonzerne sind zu entflechten und einer weiteren Pressekonzentration ist durch gesetzgeberische Maßnahmen entgegenzuwirken. Neben einer wirtschaftlichen Stützung kleinerer und mittlerer Presseunternehmen durch wettbewerbs harmonisierende Maßnahmen (z. B. Staffelung der Mehrwertsteuer nach der Auflagenhöhe, Einführung einer an der Auflagenhöhe progressiv orientierten Anzeigensteuer und verbilligte Kredite für Investitionen) ist die Genehmigungspflicht für Fusionen und Auf-

käufe zu fordern. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn die Unabhängigkeit der Redaktion sichergestellt ist. Ferner muß durch Verbesserung der Publizitätsvorschriften die Offenlegung der Eigentumsverhältnisse im Impressum angeordnet werden, um die Pressekonzentration für die Öffentlichkeit durchsichtiger zu machen. Die innere Pressefreiheit ist zu garantieren, d. h. die Stellung der im Pressewesen Tätigen gegenüber dem wirtschaftlichen Inhaber des Verlages unabhängig zu gestalten. Zum Schutz der inneren Pressefreiheit ist u. a. ein erweiterter Kündigungsschutz für Journalisten vorzusehen. Nachdem Modell der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind unabhängige Informationsdienste einzurichten, um dadurch die Informationen, die heute lediglich den Führungsspitzen in Staat und Wirtschaft zur Verfügung stehen, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

An der öffentlich-rechtlichen Organisation des gesamten Rundfunk- und Fernsehens ist - auch als Gegengewicht zur Pressekonzentration - festzuhalten.

Der Anteil der politischen Sendungen des Fernsehens darf nicht reduziert werden; vielmehr soll eine 'Fernsehuniversität' auf einer eigens dafür zu schaffenden Welle eingerichtet werden, die auch für größere politische Dokumentationen zur Verfügung steht."

===== anzeige =====

BÜCHERSTUBE IM REPUBLIKANISCHEN CLUB

Die Bücherstube im Republikanischen Club beschafft Ihnen jedes lieferbare Buch. Kreuzen Sie Titel aus unserem Büchertip an und senden ihn ein. Besuchen Sie uns. Oder rufen Sie uns an (täglich außer Dienstag zwischen 18 und 22 Uhr). Bestellungen werden binnen weniger Tage ausgeführt - auch bei Titeln aus der DDR.

UNSER BÜCHERTIP FÜR DIESE WOCHE

- () Braunbuch - Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Berlin/DDR, 387 Seiten, DM 4.80
- () Graubuch - Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin/DDR, 461 Seiten, DM 5.60
- () Schäfer/Nedelmann: Der CDU-Staat, München, 354 Seiten, DM 18.00
- () Agnoli / Brückner : Die Transformation der Demokratie, Westberlin, 194 Seiten, DM 16.80
- () Das Argument, Nr. 45: Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus, Karlsruhe, Seite 349 - 516, DM 6.00
- () Imperialismus heute, Berlin/DDR, 823 Seiten, DM 10.80
- () Oktoberland, Russische Lyrik der Revolution, Berlin/DDR, DM 9.40 (Nicht, wie in EXTRA-Dienst 8/II irrtümlich angegeben, DM 49.00).

Unsere Adresse: Bücherstube im Republikanischen Club, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 40 76

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland : DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbh bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: